

# Mehr Geld für Kanzlerin und Minister



Damit sie auch künftig so wichtige Entscheidungen wie das „Ja“ zur milliarden schweren Griechenlandhilfe treffen und [vor neuer Islamfeindlichkeit warnen](#) können, brauchen Kanzlerin und Minister künftig mehr Geld. Denn es reicht völlig aus, wenn „der Steuerzahler“, das Fußvolk, den Gürtel enger schnallt.

BILD [schreibt](#):

*Lohnerhöhung für Kanzlerin Angela Merkel und ihre Minister. Sie sollen bis August 2011 wie die Beamten 2,1 Prozent mehr Gehalt bekommen: rund 340 Euro mehr im Monat für die Bundeskanzlerin, etwa 270 Euro mehr für die Minister.*

*Die Gehaltserhöhung für die Regierung ist im Kleingedruckten des Gesetzentwurfes zur Erhöhung der Beamtgehälter versteckt. Danach sind folgende Erhöhungen geplant:*

- Rückwirkend ab 1. Januar gibt es 1,2 Prozent mehr. Das Gehalt der Kanzlerin von rund 15 830 Euro steigt dadurch um rund 190 Euro im Monat, das eines Ministers von derzeit 12 860 steigt um rund 150 Euro. Da das Gesetz erst in den nächsten Wochen verabschiedet wird, gibt es eine Nachzahlung für die Zeit seit Januar.*

- Zum 1. Januar 2011 gibt es noch einmal 0,6 Prozent mehr: Etwa 100 Euro für die Kanzlerin, 80 Euro für einen Minister.*

- Zum 1. August folgt der letzte Erhöhungsschritt. Dann gibt es 0,3 Prozent mehr: 50 Euro für die Kanzlerin, 40 Euro für einen Minister.

Die für Staatsdiener geplante zusätzliche Einmalzahlung von 240 Euro in diesem Jahr wird es für die Mitglieder der Bundesregierung aber nicht geben.

Die Bundesregierung begründet die Erhöhung der Regierungsgehälter mit der Zurückhaltung in den vergangenen Jahren. Die Ministergehälter waren seit 2002 nicht mehr erhöht worden, weil die Regierung darauf verzichtet hatte, die Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst auf sich zu übertragen. Deshalb liegen die Gehälter der Regierungsmitglieder „derzeit rund 21 Prozent hinter der Einkommensentwicklung der Beamtinnen und Beamten des Bundes zurück“, heißt es in dem Gesetzentwurf.

Die Grünen und der Bund der Steuerzahler (BdSt) kritisieren die Erhöhung scharf. „In dieser dramatischen Haushaltssituation verbietet es sich von selbst, dass sich die Regierung höhere Gehälter zubilligt“, sagte Karl Heinz Däke vom Bund der Steuerzahler der Zeitung „Express“.

Die Kritik der Grünen hielte sich sicher in Grenzen, wenn sie selbst einige Minister stellen würden...